



Büro des Beauftragten der Bundesregierung  
Für die Belange der Patientinnen und Patienten  
sowie des Bevollmächtigten für Pflege  
Herrn Karl-Josef Laumann  
Friedrichstr. 108  
100117 Berlin

Hagen, 14.08.2015

### **Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD)**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Laumann,

wir sind ein kleiner, von fünf betroffenen Eltern ehrenamtlich geführter Verband in Nordrhein Westfalen und betreuen ca. 2.000 betroffene Eltern und Angehörige von drogenkranken Menschen. Wir werden im kommenden Jahr 25 Jahre alt und sehen uns in der Elternselbsthilfe stark verwurzelt und integriert, und arbeiten mit der professionellen Suchthilfe NRW eng zusammen. ( [www.arwed-nrw.de](http://www.arwed-nrw.de) )

Mit Verwunderung haben wir zur Kenntnis genommen, dass Sie das bewährte Modell der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland in Trägerschaft von anerkannten Patientenorganisationen abschaffen wollen.

Durch unsere drogenkranken Kinder und Angehörige benötigen nicht nur wir sondern auch unsere drogenkranken Familienmitglieder immer wieder Rat von unabhängigen und spezialisierten Beratern. Wir glauben, dass Sie sich vorstellen können, welchen seelischen und physischen Belastungen Eltern oder Angehörige ausgesetzt sind, um dem Drogenkranken jede nur erdenkliche Hilfestellung zukommen zu lassen.

Durch die vorgesehene Vergabe an einen kommerziellen Dienstleister, zu dessen Hauptauftraggeber neben den gesetzlichen Krankenkassen auch Pharma-Unternehmen gehören, sehen wir wie auch unsere betroffenen Eltern und Angehörige den im § 65g SGB V geforderten Nachweis nach Neutralität und Unabhängigkeit nicht mehr als erbracht an.

Wir erachten es als unumgänglich, dass eine echte Unabhängigkeit insbesondere auch im Interesse der Kostenträger für Ratsuchende gewahrt bleibt.

Ein Anbieter, der schon heute im Auftrag der gesetzlichen Krankenkassen Dienstleistungen erbringt, ist als Träger für Unabhängige Patientenberatung nicht glaubwürdig. Aus unserer Sicht entsteht unausweichlich ein Interessenskonflikt, der auch von Ihnen nicht gewünscht sein wird.

Wir bitten Sie eindringlich, Ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken und die Beratung auch künftig von Organisationen durchführen zu lassen, die ausschließlich den Interessen der Patientinnen und Patienten verpflichtet sind.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Odenthal  
Vorsitzender  
Arwed e.V.

Zusätzlich als E-Mail: [Karl-Josef.Laumann@bmg.bund.de](mailto:Karl-Josef.Laumann@bmg.bund.de)